PRESSE INFO

Handelsverband Hessen

DEHOGA HESSEN

17.11.2025 (Wiesbaden) – "Systememotional": Hessischer Handel und Gastgewerbe fordern mehr Gestaltungsspielräume für Wachstum und attraktive Innenstädte

Der Handel und das Gastgewerbe in Hessen stehen gemeinsam für rund 25 Prozent der hessischen Wirtschaftskraft. In Zahlen bedeutet das: 69,8 Milliarden Euro Jahresumsatz, 285.000 Beschäftigte und 36.500 Betriebe. Im Vorfeld der Kommunalwahlen 2026 luden der DEHOGA Hessen und der Handelsverband Hessen am 6. November ins Hotel Oranien in Wiesbaden zum Austausch mit der hessischen Spitzenpolitik ein. Zu Gast waren Dr. Josefine Koebe (Generalsekretärin SPD Hessen), Dr. Thorsten Lieb (Vorsitzender FDP Hessen), Julia Frank (Co-Vorsitzende Bündnis 90/Die Grünen Hessen) und Tanja Jost (Mitglied des Hessischen Landtags CDU-Fraktion).

Handel und Gastgewerbe zählen zu den größten Arbeitgebern in Hessen und sind zentrale Säulen der Wirtschaftskraft. Beide Branchen blicken zurück auf herausfordernde Zeiten, aber zeigen sich optimistisch. Die zentralen Themen – Arbeitskräftemangel, Bürokratiebelastung und Innenstadtbelebung – bleiben entscheidende Hürden für Wachstum und Stabilität der beiden Branchen.

Robert Mangold, Präsident DEHOGA Hessen, möchte über den Dialog mit Parteien und Kommunen Perspektiven für die Branche schaffen: „Es ist wichtig die Zukunft der Branche zu sichern. Während der Corona Lockdowns haben wir alle erfahren, wie systememotional das Gastgewerbe ist. Es fehlten öffentliche Wohnzimmer als Orte des Austauschs, des Genusses und der Seelenzufriedenheit, sowohl in den Städten als auch auf dem Land. Um dies zu sichern, müssen wirksame Förderprogramme für die Innenstädte und den ländlichen Raum implementiert werden, hoch-bürokratische Bagatellsteuern wie die Verpackungssteuer vermieden werden und die Finanzierung der touristischen Infrastruktur mit einem Tourismusbeitrag sichergestellt werden."

„Wenn die politisch Verantwortlichen in den Kommunen die Innenstädte stärken wollen, wird ihnen das nur im Schulterschluss mit Gastronomie, Hotellerie und insbesondere dem Handel gelingen. Der Handel braucht zukünftig Gestaltungsfreiheit an den Sonntagen – ohne dies werden alle anderen innerstädtischen Bestrebungen keine Wirkung entfalten können. Dieser politische Wille muss von den Kommunen klar ausgesprochen werden! Mit DEHOGA und

Handelsverband Hessen e.V.

Präsident:
Jochen Ruths

Hauptgeschäftsführer:
Sven Rohde

Flughafenstr. 4a
60528 Frankfurt
Telefon 069/1330910
service@hvhessen.de

Der Handelsverband Hessen vertritt die Interessen von 7.200 Mitgliedsunternehmen mit 200.000 Beschäftigten in 20.000 Arbeitsstätten auf einer Verkaufsfläche von 22 Mio. qm und einem Jahresumsatz der Branche von 58 Mrd. Euro.

Handelsverband treffen zwei Garanten aufeinander, die maßgeblich dafür Sorge tragen, dass Menschen in die belebten Innenstädten kommen, sich wohlfühlen und dort länger verweilen wollen. Darüber hinaus sind wir zuverlässige Arbeitgeber und Gewerbesteuerzahler. Um dem Arbeitskräftemangel entgegenzuwirken, müssen die Städte und Gemeinden an ihrer Erreichbarkeit arbeiten und für ausreichend Wohnraum sorgen, den sich unsere Mitarbeiterschaft leisten kann“, erläutert Jochen Ruths, Präsident Handelsverband Hessen.

Vier Parteien, viele Perspektiven

Wie sich diese Herausforderungen kommunalpolitisch lösen lassen, diskutierten Vertreterinnen und Vertreter der hessischen Spitzenpolitik. Dr. Josefine Koebe betont: „Bürokratien schützen einerseits vor Willkür, wachsen allerdings zum Himmel, wenn wir uns nicht öfter fragen: ‚Wofür?‘ Heraus aus der Vollkasko-Mentalität, hin zu einer neuen Fehlerkultur – das braucht Mut, Dialog und den Blick mitten ins Leben.“

Zum Kernthema Bürokratieabbau bekräftigt Dr. Thorsten Lieb: „Die trotz ständiger Sonntagsreden weiterhin überbordende Bürokratie erweist sich immer mehr als schärfste Bremse unternehmerischer Freiheit. Daher ist ein echter Mentalitätswandel hin zu mehr Vertrauen in verantwortungsbewusste Entscheidungen von Unternehmerinnen und Unternehmern dringend notwendig. Freiheit und Verantwortung statt Bevormundung und Gängelei."

„Sicherheit, Sauberkeit und flexible sowie schnelle Planungs- und Genehmigungsverfahren für die multifunktionale Nutzungen von Handelsimmobilien sind Maßnahmen, um auf ein geändertes Verbraucher- und Nutzerverhalten zu reagieren. Ebenso entscheidend ist eine ausgewogene Verkehrspolitik: Eine Umnutzung ganzer Straßenzüge zu reinen Fahrradstraßen ohne Einbindung der Betriebe gefährdet Existenzen und führt zu Umsatzrückgängen“, erklärt Tanja Jost.

„Unsere Innenstädte und ihre Gastronomie sind Orte des Miteinanders – sie sorgen für Begegnung und Lebensqualität. Damit sie lebendig bleiben, brauchen wir klimafreundliche Mobilität, attraktive Arbeitsbedingungen, weniger Bürokratie und Raum für kreative Konzepte“, beschreibt abschließend Julia Frank.

Um die Wettbewerbsfähigkeit beider Branchen zu sichern, fordern die Verbände im Vorfeld der Kommunalwahlen 2026 konkrete Maßnahmen:

- schnellere und einfachere Genehmigungsverfahren,
- mehr Investitionen in den ÖPNV,
- mutige Entscheidungen zur langfristigen Stärkung der Standortattraktivität,

- bessere Perspektiven für Fach- und Arbeitskräfteeinwanderung.

Haben wir Ihr Interesse geweckt? Gerne stehen wir Ihnen für Hintergrund- und Expertengespräche zur Verfügung.

Ihre Ansprechpartnerin:
Funda Bakan
Flughafenstraße 4a | 60528 Frankfurt am Main
Mobil: 0151 25404773 | Tel: 069 133091-63
hvhessen.de